

# Brief unseres Sonderberichterstatters bei der UNO

Autor(en): **Baer, G.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **59 (1965)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140962>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Brief unseres Sonderberichterstatters bei der UNO

Neuyork, 31. Dezember 1964

Liebe Freunde!

Es ist nicht einfach, von der «ersten Runde» dieser 19. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu berichten. Die Urteile, die man hört und liest, werden den Dingen, die sich hier abspielen, nur zum Teil gerecht und tragen dazu bei, den Boden abzugraben, auf dem wir stehen — wir nämlich, die einsehen müssen, daß die Zersetzung dieser Organisation *heute* zu einer Katastrophe führen könnte, deren Folgen unabsehbar wären. Sollte es tatsächlich möglich sein, daß Elemente vorhanden sind, die diese Session zum Scheitern zu bringen wünschen, um Entscheidungen über die den formalen Konflikten zugrunde liegenden und zu Diskussion und Aktion drängenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme wiederum auszuweichen?

Unsicherheit und Unruhe liegen nach wie vor lähmend und bedrückend über dieser großen Versammlung. Sie lebt noch immer ohne Abstimmungen, damit eine Kontroverse über Artikel 19 der Charta das prekäre Gleichgewicht der Kräfte nicht ins Wanken bringe. Der Präsident waltet seines Amtes — allein. Er kann sich nicht einen Augenblick von seinem Platz entfernen, ohne die Sitzung zu vertagen, da keine Vizepräsidenten gewählt werden durften, die ihn vertreten könnten. So ist er sein eigenes Direktionskomitee, obgleich dieses geschäftsordnungsgemäß aus 17 Vizepräsidenten, die zugleich Vorsitzende der Hauptkomitees sind, bestehen sollte. Man tagt, ohne eine Tagesordnung angenommen zu haben!

Trotz diesem abnormen und regelwidrigen Verfahren, trotz dem Phantomhaften, oft Unheimlichen, das die Plenarsitzungen dieser Konferenz kennzeichnet, sind bestimmte Gruppen verschiedener Regionen in ständigem Kontakt, um die Arbeit durch konstruktive, gemeinsam gefaßte Beschlüsse und besonders durch Vermittlungsvorschläge weiterzutreiben. Gelegentliche Interviews, der «Trend» gewisser Presseorientierungen, bestärken den Eindruck, und der Verlauf der Kongo-Verhandlungen im Sicherheitsrat ist klarer Beweis. Die Annahme der Resolution über die gefährvolle Lage der unglücklichen kongolesischen Bevölkerung hätte ohne dieses Zusammenspiel der Kräfte nicht zustande kommen können. Die politische Reife einiger afrikanischer Vertreter, ihre bewundernswerte Geduld und Selbstdisziplin, die diplomatischen Erfahrungen und der gute Wille gewisser ost- und westeuropäischer Vermittler zeitigten nach langwierigen Debatten und allzu häufigen Wiederholungen einen Beschluß, der von *allen* Mitgliedern gebilligt wurde — mit der Stimmenthaltung des französischen Delegationschefs Roger Seydoux, der trotz «aufrichtiger Würdigung der Bemühungen Marokkos und der

Elfenbeinküste» eine Lösung ausschließlich durch das kongolesische Volk selbst und ohne jegliche Einmischung von Außenstehenden vorgezogen hätte.

Drei Wochen mit weit über vierzigstündigen, oft sehr scharfen und viele Einzelheiten des sinn- und gewissenlosen Gemetzels unterstreichenden Erörterungen seitens dreißig Rednern waren erforderlich, um dieses Forum und damit die Welt darüber aufzuklären, daß ab heute dem afrikanischen Kontinent «weiße» Lösungen, direkte oder indirekte Intervention, nicht länger auferlegt werden können, daß seine Völker sie als Rückfälle in überholte Kolonisationsmethoden und im Widerspruch zur Charta und der Resolution über die Beendigung des Kolonialismus stehend, aufs schärfste bekämpfen würden.

Der von einem (weißen?) Söldner geschriebene Artikel «Les Irresponsables» im «Nouvel Observateur» (Paris) vom 24. Dezember 1964 mag Zweifeln weitere Aufklärung geben über die Untaten dieser Söldner, die von Marokko als «die abscheulichste Offenbarung der Krankheit» bezeichnet wurde, welche «am Herzen des Kongos nagt».

Die Resolution, welche die Verschlimmerung der Lage in der Kongolesischen Demokratischen Republik (KDR) feststellt, sich zur Staatshoheit und Unverletzbarkeit ihres Gebietes bekennt und die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) als Faktor zur Herbeiführung friedlicher Lösungen aller Streitfälle und Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent bezeichnet, fordert alle Staaten auf,

sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der KDR zu enthalten, Kriegshandlungen im Kongo in Übereinstimmung mit dem am 10. September 1964 von der OAU gefaßten Beschluß einzustellen, die Söldner «dringlichst» aus dem Land zu entfernen und die OAU zu ermutigen, durch fortgesetzte Bemühungen die Regierung der KDR bei der Herbeiführung nationaler Aussöhnung zu unterstützen.

Alle Staaten wurden gebeten, mit der OAU zwecks Erreichung dieser Ziele zusammenzuarbeiten; und die OAU selbst wurde ersucht, den Sicherheitsrat eingehend über jede Aktion auf dem laufenden zu halten, die sie im Zusammenhang mit der Resolution unternehmen würde. Man beauftragte den Generalsekretär der UNO, den Ablauf der Ereignisse im Kongo zu verfolgen und dem Sicherheitsrat zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten.

Die afrikanischen Staaten hoffen, daß diese Beschlüsse zur Sicherung der Stabilisierung und Eintracht, zur Stärkung der Freiheit und Wohlfahrt des kongolesischen Volkes beitragen werden.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Vertreter der KDR am Ende der entscheidenden Abstimmung bemerkte, daß sein

Land Söldner beschäftigen müßte, solange Mitglieder der OAU im Kongo eingreifen würden.

Die Resolution enthält keine Verurteilung der Angreifer. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Adlai Stevenson, wies in der Erklärung der Stellungnahme seines Landes die Auslegung zurück, nach der der Redner Guineas «das Bedauern über die kürzlich erfolgten Ereignisse im Kongo» auf «die belgisch-amerikanische Rettungsmission bezogen» hätte. Die in der Debatte gemachten Äußerungen hätten bewiesen, «daß die überwältigende Mehrheit der Ratsmitglieder den betreffenden Paragraphen nicht so interpretierte»; «auch die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten für die Resolution gestimmt hatten, bestätigt, daß die Vereinigten Staaten sie nicht so auslegten». »Diejenigen, die sich einmischten (The Interventionists), waren nicht Amerika und Belgien.» «Die sich eingemischt hatten, wurden nicht demaskiert», wie der Vertreter der Sowjetunion gesagt, sondern hätten ihr Eingreifen «mit Frohlocken (exultation) zugegeben». Mit Stolz hätten die Vereinigten Staaten zur Rettung gesetzwidrig gefangengehaltener Geiseln beigetragen.

Wie Sie sicher schon durch Ihre Zeitungen wissen, wurden die ausscheidenden Mitglieder des Sicherheitsrates im Büro des Versammlungspräsidenten — also nicht im Versammlungssaal — durch schriftliche, geheime Abstimmung gewählt. Man muß froh sein, daß der Sicherheitsrat auf diese Weise seine Arbeit nach der nun endlich beginnenden Pause wieder aufzunehmen vermag, um so mehr, da darüber hinaus die prekäre politische Lage in so vielen Ländern die Einberufung des Rates jederzeit erforderlich machen könnte.

Der Delegierte der Sowjetunion, Dr. N. T. Fedorenko, vertrat in der letzten Sitzung der Generalversammlung nochmals den Standpunkt seiner Regierung zur Frage der Finanzierung der Vereinten Nationen, da sie nicht ein, sondern alle Mitglieder betreffe. Er erklärte, daß sein Land keinen Einwand gegen die vom Generalsekretär zurzeit zu leistenden Zahlungen erhebe; es bestehe jedoch wiederum auf der Notwendigkeit äußerster Herabsetzung der Ausgaben, die nicht den wirklichen Interessen der Organisation, sondern vielmehr denen einer besonderen Staatengruppe dienen. Diese Stellungnahme schließe ein, daß «wir uns nicht an der Finanzierung der Kommission der UNO für die Einigung und Rehabilitierung Koreas, der Kommission für die Waffenstillstandskontrolle in Palästina und gewisser anderer Maßnahmen und Organe beteiligen, die unter Verletzung der Charta der UNO ins Leben gerufen wurden. Die Sowjetunion wird auch keinen Beitrag leisten für die von der UNO ungesetzlich aufgenommene Anleihe und die Ausgaben zur Erhaltung der im Nahen Osten stehenden Not-Truppe der UNO.»

Wirklich erfreulich ist, daß die Einsetzung der im Frühjahr in Genf beschlossenen Handels- und Entwicklungskonferenz als Organ der Generalversammlung ohne Widerspruch, wenn auch ohne Ab-

stimmung, bewilligt wurde. So kann also Dr. Raul Prebisch endlich an seine so dringende Arbeit gehen.

Ich schließe in der Hoffnung, daß die auf der Tagesordnung stehenden brennenden Fragen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen endlich ordnungsgemäß guten Lösungen entgegengeführt werden. Vielleicht wird mir ein späterer Brief die Möglichkeit geben, die Besprechung von Angelegenheiten einzufügen, die ich vorbereitet, doch wieder zur Seite gelegt habe. Mit meinen sehr guten Wünschen für das Jahr 1965!

G. Baer

## Atomsprengungen beim Bau des neuen Panamakanals

Endlich hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, dem Staate Panama «Unterhandlungen für einen völlig neuen Vertrag über den bestehenden Panamakanal» vorzuschlagen. Die Vereinigten Staaten wollen einen neuen Kanal bauen, der, auf Meereshöhe liegend, die beiden Ozeane, den Atlantischen und den Pazifischen, miteinander verbinden soll. Während Präsident Johnson darauf hinweist, daß der neue Kanal durch Panama oder Columbia oder entlang der Nicaragua-Costa-Rica-Grenze geführt werden könne, scheint man hier den neuen Kanal, auf Meereshöhe zwar, doch am heutigen Orte umlegen zu wollen. Bis zu vier Jahre werden für die technischen Vorarbeiten nötig sein, um endgültige Entscheidungen über die geographische Lage des künftigen Kanals herbeiführen zu können.

Die Bereitwilligkeit Amerikas, mit dem neuen Vorschlag und neuem Vertrag Panamas Souveränität über den Kanal anzuerkennen, kommt nicht zu früh. Damit sollte nun endlich die 60 Jahre alte Polemik über die «verhaßte» Klausel beendet werden — wahrscheinlich aber erst nach Inbetriebnahme des neuen Wasserweges um das Jahr 1980 herum! —, welche die Vereinigten Staaten zur *dauernden* Kontrolle über den Kanal rechtlich einsetzt. Gleichzeitig aber ist die Nachricht beunruhigend, nach der wiederum finanzielle Berechnungen und Rücksichten» ins Feld geführt werden, um die Verwendung atomarer Sprengstoffe zur Aushebung der umfangreichen Erd-, Fels- und Steinmassen zu rechtfertigen. Als ich im Jahr 1961\* die Gefahren atomarer Aushubverfahren bei Großbauten vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erörterte, wurde das mit Schweigen quittiert.

Es soll hier heute nicht auf einstweilige Berechnungen, «erwiesenen» Zeitgewinn usw. eingegangen werden, da man uns in den kommenden Jahren noch eingehend orientieren wird. Es ist durchaus mög-

---

\* siehe «Neue Wege», Juli/August 1961